wird dieser eine längere Erklärung über das Verhältnis der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Italien abgeben.

* **Der österreichische Kommissar für die Kontrollkommission.** Aus Wien wird gemeldet: Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Generalkonsuls August Kral zum österreichischen Kommissar bei der Internationalen Kontrollkommission für Albanien.

Frankreich.

Demonstrationen gegen Wahldurchstechereien.

Einer Agentur-Meldung aus Lille zufolge ist es dort am Montag zu sozialdemokratischen Manifestationen gekommen. Die Sozialdemokraten hatten Protestmeetings veranstaltet, um gegen die Durchstechereien zu protestieren, die sich bei den letzten Wahlen ereignet haben sollen. Nach den Meetings durchzogen die Manifestanten die Straßen und verursachten hierbei großen Lärm. Die Polizei versuchte die Demonstranten zu zerstreuen, wobei es zu einem Handgemenge kam. Vor dem Zuge wurden zwei Puppen getragen, die nach der Art von Geistlichen gekleidet waren. Darüber empörte sich die katholische Bevölkerung und es kam zu einer wüsten Schlägerei zwischen den Arbeitern und den Katholiken. Auch in Nimes kam es zu Manifestationen der Arbeiter gegen die Wahldurchstechereien. Hier mußte die Polizei gleichfalls einschreiten und die Demonstranten zerstreuen.

* **Die Presse und die französischen Wahlergebnisse.** Die Pariser Blätter erörtern auch heute eifrig die Wahlergebnisse und ihre Rückwirkungen auf die Parteigruppierung in der Kammer. In der konservativen und gemäßigten Presse gelangt mehrfach die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Furcht vor einer sozialistischen Diktatur die Bildung einer Kammermehrheit herbeiführen werde, die genötigt sein werde, im wesentlichen das Programm des Briandschen Verbandes der Linken zu verteidigen.

* **Zum Caillauxprozeß** wird aus Paris gemeldet: In Gerichtskreisen hält man es für möglich, daß der Prozeß gegen Frau Caillaux in der zweiten Schwurgerichtstagung des Monats Juni zur Verhandlung gelangen wird. Den Vorsitz in dem Prozeß führt dann der Appellationsgerichtsrat Couinaud.

Rußland.

* **Militärische Ordnung in den Staatsfabriken.** Aus Petersburg wird gedrahtet: Die Werkstätten der Fabrik Obukow, die dem Marineministerium untersteht, haben ein neues Reglement ausgearbeitet, das sich auf die Einstellung von Arbeitern bezieht. Nach dem neuen Reglement treten die Arbeiter in eine Art Militärverhältnis ein. Die Zeit der Beschäftigung in der Fabrik wird ihnen auf ihre Dienstjahre angerechnet. Ferner müssen sie bei Antritt ihrer Beschäftigung eine Art Fahneneid leisten und sich verpflichten, niemals die Arbeit zu unterbrechen, um an einer Streikbewegung oder einer anderen Manifestation teilzunehmen.

Bulgarien.

* **Reorganisation der Armee.** Der Kammer ist gestern ein neuer Gesetzentwurf zur Reorganisation der bulgarischen Armee vorgelegt worden. Danach soll die Infanterie um 40 Bataillone vermehrt werden. Jedes Kavallerieregiment erhält eine neue Eskadron; zwei neue Artillerie-Regimenter mit Feldgeschützen sollen gleichfalls gebildet werden.

Albanien.

* **Eine neutrale Zone im Epirus.** Nach einer Drahtmeldung aus Durazzo hat infolge des Beschlusses, den die Internationale Kontrollkommission gefaßt hat, sowohl die albanesische Regierung als auch Zographos die notwendigen Anordnungen zur Festsetzung einer neutralen Zone im Epirus verfügt. Durch diese neutrale Zone, die nach dem Stande der Albanier vom 9. Mai errichtet wurde, soll ein Zusammenstoß zwischen den beiderseitigen Streitkräften verhütet werden. Nach einer Mitteilung des epirotischen Komitees hat der Waffenstillstand tatsächlich am 9. Mai begonnen.

Marokko.

* **Französische Verluste in Marokko.** In dem Gefecht, das Oberst Gouraud den Marokkanern am Sonntag auf dem Bergrücken von Tazza lieferte, sind auf französischer Seite ein Offizier und vier europäische sowie zwei afrikanische Soldaten getötet und ein Offizier, elf europäische und zwei afrikanische Soldaten verwundet worden.

Haiti.

* **Eine deutsche Kohlenstation?** Der in Paris erscheinende „New York Herald" erklärt aus guter Quelle erfahren zu haben, daß infolge des englischen Ultimatums an Haiti betreffend die Zahlung von 63 000 Dollar eine tatsächliche Verständigung mit der Deutsch-Haitischen Handels-Gesellschaft durch Vermittlung des deutschen Geschäftsträgers auf Haiti, Dr. Peppl, zustandegekommen ist, die den Abschluß einer Anleihe von 2 Millionen Dollar für die Regierung bezweckt. Als Austausch dafür wird Deutschland eine Kohlenstation und einen Anlegeplatz in St. Nikolas erhalten sowie die Kontrolle über die Erträgnisse der haitischen Häfen.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratstische: Wild von Hohenborn, Kommissare.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11,16 Uhr.

Vom Reichskanzler ist folgendes Danktelegramm eingegangen:

Die warme Teilnahme des Reichstages, die Euer Hochwohlgeboren mir in so gütigen Worten bekundet haben, hat mich in meiner Trauer tief gerührt. Ich bitte Sie, hochgeehrter Herr Präsident, dem hohen Hause meinen aufrichtigen Dank übermitteln zu wollen. Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

Darauf wird die zweite Beratung des Militäretats bei den in der Diskussion verbundenen Kapiteln

„Artillerie und Waffenwesen" und „Technische Institute"

unter Ausschluß der Rüstungsangelegenheiten fortgesetzt.

Abg. **Büchner** (Soz.): Von seiten der Militärverwaltung wird bei der Anstellung der Arbeiter in den öffentlichen Staatsbetrieben der schwerste Terrorismus ausgeübt, indem ihnen das freie Koalitionsrecht beschränkt wird. Die Gewerkschaften haben ein großes Stück Kulturarbeit geleistet. Daß die Militärbehörde es noch nicht weiß, daß die Gewerkschaften ihre Mitgliederlisten nicht einzureichen brauchen, wundert mich nicht; daß aber die Spandauer Polizeibehörde noch so dumm ist, ist erstaunlich. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner wegen der letzten Redewendung zur Ordnung.) In den Kantinen herrschen üble Zustände. Den Arbeiterausschüssen gegenüber wird häufig von ihren Vorgesetzten ein Kasernenton angewendet. Da kann von Vertrauen zu den vorgesetzten Stellen keine Rede sein. Wie lange noch läßt die neue Arbeitsordnung auf sich warten? Vor zwei Jahren schon sollte die Einführung unmittelbar bevorstehen. Vor allen Dingen sollte der Paragraph, der sich gegen die Sozialdemokratie richtet, beseitigt werden. Wir fordern für die Staatsarbeiter Beseitigung der Schikanen und gerechte Behandlung.

Generalmajor **Wild von Hohenborn**: Bei der Größe unserer Institute ist es selbstverständlich, daß alle möglichen Klagen und Wünsche vorgebracht werden. Die berechtigten Ausstellungen werden genau untersucht werden. Viele würden zu viel Zeit in Anspruch nehmen und dabei nur Unruhe in die Arbeiterschaft bringen. Die meisten Fälle stellen sich als übertrieben oder entstellt dar. Bei der Einstellung von Arbeitern entscheiden nicht die Unterorgane; kein Meister nimmt Arbeiter an. Nach § 1 der Arbeitsordnung dürfen Personen, die sozialdemokratisch sind oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten, oder von denen vorauszusetzen ist, daß sie den Frieden mit den Behörden oder unter den Arbeitern stören werden, nicht eingestellt werden. Stellt sich während der Beschäftigung heraus, daß Arbeiter diesen Vorbedingungen nicht mehr entsprechen, dann wird ihnen gekündigt. An diesem Standpunkt werden wir festhalten. (Bravo! rechts.) Geldstrafen bestehen und werden bei Verstößen vom Vorstand verhängt. Fälle hier vorzubringen, die wir nicht kennen können, ist eine Art, die nicht dazu dient, eine wirkliche Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Ich bin deshalb auf den Weg verfallen, diejenigen Ausführungen, die der Vorredner im Jahre 1913 über diese Dinge gemacht hat, unter die Lupe zu nehmen, und bin da zu dem Resultat gekommen, daß die von ihm vorgebrachten Fälle entweder unrichtig oder übertrieben sind. Es ist zu beklagen, wenn von der Tribüne des Hauses solche Sachen vorgebracht werden (Unruhe bei den Soz.), die ich momentan nicht widerlegen kann. Daß die Verhältnisse in den Staatsbetrieben nicht so schlecht sind, wie der Vorredner es hingestellt hat, beweist der rege Zudrang zu diesen Betrieben. Der Bedarf an Arbeitskräften ist auf Jahre hinaus gedeckt. Die Löhne sind genügend und entsprechend der Privatindustrie geregelt. Die Dienstanweisung ist im Januar d. J. neu herausgegeben worden. Sie trägt allen berechtigten Wünschen Rechnung. Auch eine möglichst einheitliche Arbeitsordnung ist fertiggestellt. Der Bau von Arbeiterwohnungen wird beschleunigt. (Bravo!) Für Wohlfahrtseinrichtungen und Schutzmaßnahmen sind schon viele Millionen ausgegeben, so daß von sozialer Rückständigkeit gar keine Rede sein kann. Die Unfallziffern sind durchaus günstig und auch sonst viele Verbesserungen eingetreten. Die fünfte Lohnklasse in Spandau ist beseitigt und die Zeit- und Stücklöhne sind erheblich erhöht worden. Man kann wohl sagen, daß die technischen Institute in ihrer Fortentwicklung nicht stehen geblieben sind. Wir werden auf dem Wege der sozialen Fürsorge fortschreiten. (Beifall.)

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Der Kriegsminister ist neben dem Eisenbahnminister der größte deutsche Arbeitgeber. Die Arbeiterausschüsse beklagen sich darüber, daß sie noch nicht genügend gehört werden. Arbeiter, die gefährliche Arbeiten auszuführen haben, müssen einen besonderen Lohnzuschlag bekommen. Auf Grund der zahlreichen Wünsche der Arbeiter sollte die Heeresverwaltung nochmals prüfen, ob sich für die Errichtung einer Pensionskasse nicht günstigere Bedingungen finden lassen. Auch dem Bau von Arbeiterwohnungen muß die Heeresverwaltung besonderes Augenmerk zuwenden. Hoffentlich kommt das Gesetz betr. den Bau von Kleinwohnungen bald zustande. An dem guten Willen der Militärverwaltung zweifeln wir nicht; sie wird auch diesen Forderungen Erfüllung bringen können. (Bravo!)

Abg. **Weinhausen** (Fortschr. Vpt.): Die technischen Institute müssen mehr als bisher zu den Rüstungslieferungen herangezogen und ihre Betriebe wirtschaftlicher gestaltet werden. Die Zahl der Techniker steht in keinem richtigen Verhältnis zu der der Offiziere. Die Techniker in den Militärbetrieben müssen mit den Werktechnikern der Werften gleichgestellt werden.

(Die Sitzung dauert fort.)

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

42. öffentliche Sitzung.

P. **Dresden**, 12. Mai.

Präsident Graf **Vitzthum v. Eckstädt** eröffnet die Sitzung gegen 11½ Uhr.

Am Regierungstische: die Minister Dr. Beck und v. Seydewitz.

Nach dem Bericht des Prinzen **Johann Georg** wird Kapitel 73 des Etats, Finanzministerium, nach der Vorlage bewilligt.

Ebenso nach Bericht **des Grafen zur Lippe** Kapitel 21 des Etats und Kapitel 99 Taubstummenanstalten.

Kammerherr Dr. **Sahrer v. Sahr-Dahlem** berichtete alsdann über Kapitel 53, 56 und 68 des Etats, das sind Hygienische Untersuchungsanstalten, Medizinal- und Veterinärpolizei, staatliche Schlachtviehversicherung und Reichsversicherung und Unfallfürsorge für Gefangene. Die Kapitel wurden nach der Vorlage bewilligt.

Ebenso wurde nach der Vorlage bewilligt Kapitel 6, Elsterbad, worüber Geh. Kommerzienrat **Wüntig**-Zittau berichtete.

Geheimer Kommerzienrat **Wüntig** berichtete auch über Titel 1 des außerordentlichen Etats, Gewährung eines Darlehens von 450 000 Mark aus Staatsmitteln an die Firma Theatergesellschaft m. b. H. in Bad Elster und beantragte, abweichend von der Zweiten Kammer, diese Summe zu bewilligen.

Minister **v. Metzsch** befürwortete die Bewilligung, indem er ausführte, daß für ein modernes Bad ohne Luxus ein Theater eine dringende Notwendigkeit sei. Die Forderung wurde alsdann bewilligt.

Oberbürgermeister **Sturm**-Chemnitz berichtete über den Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Gesetzentwurfes der staatlichen Schlachtviehversicherung. Nach längeren Auseinandersetzungen wurden das Gesetz und ein Antrag Dr. v. Hübel in der Fassung der Zweiten Kammer angenommen.

Nächste Sitzung: morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Etatskapitel und Petitionen.

Zweite Kammer.

87. öffentliche Sitzung.

P. **Dresden**, 12. Mai.

Präsident Dr. **Vogel** eröffnet die Sitzung nach 11 Uhr.

Am Regierungstische: Kriegsminister v. Hausen und Kommissare; später Dr. Nagel und Dr. Beck.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Abstimmung über Kapitel 60: Ausgaben für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft im allgemeinen. Ein Antrag Dr. **Zöphel** auf Streichung von 35 000 ℳ für eine Einziehungsstelle der Mittelstandsvereinigung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, einiger Fortschrittler und der Abgg. Dr. Zöphel und Dr. Kaiser abgelehnt. Alsdann wird das Kapitel bewilligt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. **Brodauf** (Freil. Vpt.), die Schlußberatung über Kapitel 91

Leipziger Universität

von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da der Bericht erst heute in die Hände der Abgeordneten gekommen sei. Präsident Dr. Vogel bittet, es bei der Tagesordnung zu belassen. Abg. Sindermann (Soz.) ist für Absetzung des Punktes. Die Kammermitglieder hätten sich in der kurzen Zeit nicht so orientieren können. Abg. Opitz (Kons.) tritt dem Präsidenten bei. Abg. Langhammer (Natl.) konstatiert, daß die Schuld an der Geschäftslage nicht den Präsidenten, sondern die Staatsregierung treffe. Abg. Hettner (Natl.) bittet, die Zeit nicht mit Geschäftsordnungsdebatten hinzubringen, sondern sich die Entschließung darüber vorzubehalten, ob man den Punkt von der Tagesordnung absetzen wolle oder nicht. Präsident Dr. Vogel empfiehlt gleichfalls diesen Vorschlag, mit dem sich die Kammer auch einverstanden erklärt.

Abg. **Steche** (Natl.) berichtet über Kapitel 24, Armeemuseum, und beantragt, es nach der Vorlage zu bewilligen, was auch geschieht.

Abg. **Anders** (Natl.) beantragt alsdann für die Finanzdeputation A sich mit Dekret 38,

Erwerb des Leipziger Polizeigebäudes,

durch den Staat einverstanden zu erklären. Auch dies geschieht ohne Debatte.

Abg. **Koch** (Vpt.) berichtet dann für die Finanzdeputation A über Kapitel 31, Allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten, und beantragt, nach der Vorlage zu bewilligen. Auch dies geschieht.

Abg. Dr. **Steche** (Natl.) als Berichterstatter der Finanzdeputation A beantragt, Kapitel 44, Akademie der bildenden Künste zu Dresden, nach der Vorlage zu bewilligen.

Abg. **Rentsch** (Kons.) befürwortet eine Petition der Studierenden, die dahin geht, daß sie durch eine Abschlußprüfung von der Akademie ein besonderes Zeugnis über den Besuch erlangen können. Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Abg. Dr. **Steche** (Natl.) beantragt ferner, Kapitel 44a Kunstzwecke im allgemeinen nach der Vorlage zu bewilligen.

Abg. **Gleisberg** (Natl.) regt an, in den nächsten Etat eine größere Summe für die Erhaltung der Kunstdenkmäler einzustellen. Ohne weitere Debatte wird das Kapitel bewilligt.

Abg. **Koch** (Vpt.) beantragt alsdann, Kapitel 12

Landesgesundheitsamt

nach der Vorlage zu bewilligen.

Abg. **Brodauf** (Vpt.) befürwortet eine Petition des Landesverbandes der Dentisten, die sich darüber beschweren, daß ihnen von manchen Behörden grundsätzlich die Erlaubnisscheine zum Bezug von Giften verweigert werden. Ein Urteil des Oberlandesgerichts habe festgestellt, daß diese Haltung ungesetzlich sei.

Abg. **Frühdorf** (Soz.) wünscht, daß im Landesgesundheitsamt nicht nur Mediziner gehört würden, sondern daß auch Laien erscheinen können. Weiter wünscht er eine Statistik darüber, in welchen Kreisen die Tuberkulose zurückgegangen sei. Den Ausführungen der Vorredner, betr. Dentisten, könne er sich anschließen. In den Krankenkassen sollten die Dentisten soweit gefördert werden, wie es mit der Reichsversicherungsordnung vereinbar sei. Die Regierung müsse den Zahnärzten nicht mehr Zugeständnisse machen, als notwendig sei.

Abg. **Langhammer** (Natl.) schließt sich den Ausführungen der beiden Vorredner an. Die Zahnärzte wollten den Dentisten das Leben möglichst schwer machen. Im Interesse der Versicherten müssen diese ebenso behandelt werden wie die Zahnärzte. Das Kapitel wird darauf bewilligt.

Abg. **Fleißner** (Soz.) beantragt, die im Titel 38 des Kapitels 70 Landesanstalten zu Neu- und Umbauten bei der Anstalt Breunsdorf geforderten 362 000 ℳ nach der Vorlage zu bewilligen, was ohne Debatte geschieht.

Ferner beantragt er als Berichterstatter des Antrags Wittich-Schönfeld und Gen. Herabsetzung des Verpflegungssatzes für die auf Kosten der Ortsarmenverbände in Landesanstalten Untergebrachten, den Antrag in folgender Form anzunehmen: Die Regierung zu ersuchen, den durch die Wirkung des Gesetzes über die Anstaltsfürsorge schlecht gestellten Gemeinden in der Ermäßigung der Verpflegungssätze möglichst weit entgegenzukommen.

Abg. **Brodauf** (Vpt.) befürwortet den Antrag und hofft, daß die Regierung in Zukunft darauf bedacht sein werde, durch andere Handhabung des Gesetzes den Wünschen entgegenzukommen, die in dem Antrag geäußert seien.

Abg. **Kleinhempel** (Natl.) berichtet darauf für die Gesetzgebungsdeputation über Antrag Dr. Kaiser, Schreiber, Barth und Gen. betr. Förderung des Klein- und mittleren Bauerntums und Grundbesitzes und beantragt, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage eine Denkschrift über die Frage des kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Grundbesitzes vorzulegen und eine Kommission zur Untersuchung der einschließlichen Fragen einzusetzen. Auf Vorschlag des Präsidenten Dr. Vogel erklärt sich die Kammer damit einverstanden.

Alsdann wird die allgemeine Vorberatung über einen Antrag Dr. Böhme und Gen., der die Vorlegung einer Denkschrift über die Lage des landwirtschaftlichen Grundbesitzes wünscht, begonnen.

Abg. Träber (Kons.) begründet diesen Antrag. Es sei dringend nötig, daß dem Bauernlegen ein Ende gemacht werde. Die Regierung müsse hier eingreifen. Er bitte, den Antrag sofort in Schlußberatung zu nehmen, was auch beschlossen wird.

Die Sitzung dauert fort.

Letzte Nachrichten

Zur Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig.

Dr. **Dresden**, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen der zweiten Deputation der Ersten Kammer wegen Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig verlautet bestimmt, daß die Deputation nach langen Verhandlungen

der Verlegung nach Leipzig zugestimmt

hat. Um der Stadt Dresden, die durch die Verlegung eine empfindliche Einbuße erleidet, einigermaßen Ersatz zu schaffen, wurde ein Antrag Dr. Mehnert und Dr. Beutler angenommen, die Technische Hochschule in Dresden durch Ausbau und Erweiterung der neuen Institute und Umgestaltung der allgemeinen Abteilung zu fördern. In einem zweiten Antrage wird die Regierung um die baldige Verwertung der Bauten der Technischen Hochschule ersucht.

Beihilfen zur Lehrlingsausbildung.

Dresden, 12. Mai. Das Ministerium des Innern gedenkt auch in diesem Jahre mit der Gewährung staatlicher Beihilfen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung fortzufahren. Demgemäß wird einer jeden Gewerbekammer für 1914 eine Summe von insgesamt 2800 ℳ zur Verfügung gestellt, die mit 1200 ℳ für die Unterstützung von Lehrlingen im ersten Lehrjahre und mit je 800 ℳ für die Unterstützung solcher im zweiten und dritten Lehrjahre zu verwenden ist.

Professor Jastrows erste Vorlesung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Mai. Professor Jastrow hielt heute seine erste Vorlesung an der Handelshochschule nach dem Streik und wurde mit stürmischen Beifallskundgebungen empfangen.

Ein internationaler Varieté-Kongreß.

Berlin, 12. Mai. Der Internationale Varietétheater-Direktoren-Verband ist anläßlich der 1. Varietéausstellung heute vormittag im Admiralstheater zu einem Internationalen Varietékongreß zusammengetreten. Es wird beabsichtigt, einen großen Bund der Interessenten des Vergnügungsgewerbes ins Leben zu rufen.

Der neue zweite Bürgermeister von Greiz.

Greiz (Vogtland), 12. Mai. Zum Zweiten Bürgermeister ist der bisherige Stadtkommissar Dietrich-Greiz mit 572 Stimmen gewählt worden. Ratsassessor Domsch-Löbau (Sachsen) erhielt nur 320 Stimmen.

Die Landungen französischer Flieger auf deutschem Boden.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Mai. Wie offiziell verlautet, hat das Kriegsministerium wegen der verschiedenen Landungen französischer Aviatiker in Deutschland neue Vorschriften für die Militärflieger und Ballonführer erlassen, wonach eine Annäherung an die Grenze vermieden werden muß. Sollte ein Aviatiker durch Nebel überrascht werden, so hat er sofort die Richtung zu ändern. Jedes Ueberschreiten dieser Vorschrift wird sofort telegraphisch dem Kriegsministerium gemeldet.

Die türkisch-deutschen Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Konstantinopel, 12. Mai. Wie der Pforte gemeldet wird, unterbleibt die in Aussicht genommene Reise Hakki Paschas nach Berlin. Ueber die zwischen Deutschland und der Türkei schwebenden wirtschaftlichen Fragen wird in Konstantinopel verhandelt werden.

Kundgebungen gegen Rockefeller.

(Eigener Drahtbericht.)

New York, 12. Mai. Die Agitation gegen Rockefeller jr. wird fortgesetzt. Gestern drang ein Pastor Wight mit zwölf Anhängern in die Kapelle in Rockefellers Park ein, wo gerade Gottesdienst stattfand. Die zwölf Mann stellten sich vor den Altar und unterbrachen den Geistlichen in seiner Rede. Der aufrührerische Pastor rief u. a. aus: „Rockefeller hat vierzig Menschen auf dem Gewissen!" Der Pastor wurde sofort gefaßt, widersetzte sich jedoch seiner Verhaftung, und es kam zu einem Handgemenge, wobei eine Panik unter den Anwesenden ausbrach.

Vom Brocken, den 11. Mai.

Auf dem Brocken hat das nebelige Wetter angehalten. Nur am Sonnabend hellte sich der Nebel erst um 6 Uhr nachmittags ein, im übrigen waren die Zeiten, in denen die Kuppe nebelfrei wurde, nur recht kurz. Allerdings war dann meist eine gute Fernsicht über die saftiggrüne Ebene mit den zwischen zum Dächern der Ortschaften hin möglich. Niederschläge fielen recht häufig. Am Freitag und Sonnabend befanden sich zum größten Teil eine Regen, nur am Sonnabend nachmittag gab ein kurzer Hagelschauer und später geringer Schneefall nieder. Als aber gestern morgen die Lufttemperatur unter den Gefrierpunkt herabgegangen war, kam es täglicher zu längeren anhaltenden Schneefällen, unter denen zeitweise Graupeln vorhanden waren. Der Schneefall war so stark, daß sich am Abend bereits eine Schneedecke auf den Gipfel gebildet hatte. Heute morgen beträgt ihre Höhe 2 Zentimeter; die Schmelzwassermenge des Niederschlags ergab 7 Millimeter. Im Verein mit Nordwestbildung bietet der Brocken vollkommen das Bild einer Winterlandschaft. In der vergangenen Nacht sank die Temperatur bis auf 2 Grad Kälte. Die nächsten Tage dürften dem Brocken bei langsamer Erwärmung mild wolkiges Wetter mit vorübergehender Aufheiterung bringen.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Hauptschriftleiter: Dr. Bernh. Westenberger.
Verantwortliche Schriftleiter: für Politik Dr. Arno Günther; für die Handelszeitung Walther Schindler; für Leipziger und sächsische Angelegenheiten Arnold Jünke; für Kunst und Wissenschaft i. V. Dr. Paul Stechmann; für Musik Eugen Segnitz; Sport und Spiel Alfred Berth; Gericht J. Haarfeld; für die Reise-, Bäder- und Verkehrszeitung Ludwig Meyer. — Für den Anzeigenteil Heinr. Walter.
Verlag: Leipziger Tageblatt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Druck: Fischer & Fürsten, Sämtlich in Leipzig.
Briefe sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Redaktion oder die Geschäftsstelle des Leipziger Tageblattes, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu richten. Unverlangten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Für Aufbewahrung und Rücksendung wird keine Gewähr übernommen.

SLUB
Wir führen Wissen.